

Militärische Nachdenker, Vordenker, Querdenker für den Aufbau westdeutscher Streitkräfte (Teil 2)



Wulf-W. Lapins

Die Episode Manteuffel

Vom ehemaligen Verteidigungsminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt stammt das Zitat: „Adenauer waren Geist und Gestalt der von ihm ins Leben gerufenen Bundeswehr in einer geradezu leichtfertigen Weise gleichgültig, und den hohen Rang einer klaren Einbettung unserer Streitkräfte in das Gefüge des Grundgesetzes hat er nicht erkannt.“⁽¹⁾ Mehr verhalten, gleichwohl ebenfalls kritisch urteilte General Speidel: „Adenauer hatte kein Verhältnis zum Soldaten, auch nicht zu militärischen Problemen.“⁽²⁾ Dessen ambivalente Haltung gegenüber dem Militär lässt sich durch zwei Äußerungen aufzeigen. Gegenüber Nikita Chruschtschow verteidigte er am 10. September 1955 die deutsche Generalität mit den Worten: „Im Übrigen lehre die Erfahrung der früheren Zeit, dass gerade die Generäle meist keinen Krieg wollen. Die Kriege seien vielmehr meistens durch die Dummheit irgendwelcher Politiker verursacht worden.“⁽³⁾ Fünf Jahre später vertraute er jedoch seinem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß an: „Vor kurzem hätten die Militärs in der Türkei die Macht übernommen, die Militärgerichtsbarkeit eingeführt und Todesurteile gegenüber Politikern ausgesprochen. Meinen Sie, Herr Strauß, ich will vor ein Militärgericht gezerrt werden? Wenn bei uns die Militärs die Macht übernehmen - glauben Sie, dass ich mich dann aufhängen lasse?“⁽⁴⁾

Adenauers Bemühen, sich in seiner sicherheitspolitischen Informierung nur von sorgsam ausgesuchten Personen beratend ins Bild setzen zu lassen, kann daher nicht überraschen. Bereits ein Jahr vor seinem ersten Kontakt mit General a.D. Speidel fand eine Zusammenkunft mit dem General der Panzertruppe Hasso von Manteuffel statt. In der

Literatur wird vermerkt, Manteuffel habe Adenauer sogar schon früher, bereits als Kriegsgefangener, eine Denkschrift zukommen lassen, doch lässt sich dies nicht dokumentieren. Manteuffel verfasste jedenfalls am 18. November 1949 ein knapp acht Seiten umfassendes Memorandum an Adenauer, das sich durch ein kritisches Besinnen hinsichtlich der zukünftigen deutschen Außenpolitik auszeichnet: „Nach dem Kräfteverhältnis in der Welt kommt Deutschland als selbständige Groß- und Weltmacht nicht mehr in Frage. Seine imperialistische Stunde liegt hinter ihm. Die meisten Deutschen haben dies auch begriffen.“⁽⁵⁾ Und einige Sätze später bekennt er sich zu einer Maxime, die zu jener Zeit keineswegs bereits als politisches Gemeingut vorzufinden war: „Wir Soldaten haben es ganz besonders begrüßt, daß Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, die Vorstufe zu einem Frieden in Europa in einer baldigen deutsch-französischen Verständigung auf der Grundlage einer echten Aussöhnung sehen, wozu wir Deutschen ehrlich bereit sind.“⁽⁶⁾



Hasso von Manteuffel wurde im Februar 1944 zum Generalleutnant befördert und zum Kommandeur der PzGrenDiv „Großdeutschland“ ernannt (Bild: Manteuffel [mi] bei einer Lagebesprechung an der Westfront, September 1944).

Die Darlegung, die Wiedervereinigung Deutschlands könne „nur über den Westen führen und niemals über den Osten“,⁷⁾ die kategorische Ablehnung sowohl einer Politik der Neutralität als auch einer Verteidigungslinie am Rhein wichen keinen Zentimeter von Adenauers eigenen politischen Leitvorstellungen ab. Den jüngst geschlossenen westlichen Abkommen vermochte von Manteuffel jedoch keinen Sicherheitsgewinn zuerkennen. Denn „keiner der von den Westmächten in militärischer Hinsicht geschlossenen Verträge, insbesondere nicht der Atlantik-Pakt, hat zur Zeit und in absehbarer Zeit einen realen Gehalt. [...] Sicher ist, daß die Wirksamkeit des Atlantik-Paktes noch sehr beschränkt ist. Die Stärkeverhältnisse der Truppen der Westunion, - ihr Potenzial und ganz besonders ihren Geist! sehe ich jedenfalls nicht so optimistisch an wie die Politiker und die Presse von der ‚anderen Seite‘“⁸⁾

Dies war zum damaligen Zeitpunkt eine realistische sicherheitspolitische Bewertung. Klug argumentierte er weiter: „Die alsbaldige Einbeziehung Deutschlands in das atlantische System, auch wenn es selbst noch nicht mit Streitkräften daran beteiligt ist, erscheint mir erstrebenswert, denn diese Atlantisierung Deutschlands würde erlauben, auf die Russen einen Druck auszuüben, der sie zur Annahme einer Verhandlungsbereitschaft eher bereit fände als ein ohnmächtiges Deutschland und ein hilfloses Europa.“⁹⁾ Diese Beurteilung zugrunde gelegt, stellte von Manteuffel final eine Forderung als „unabänderlich“ auf: „Aufstellung reinrassiger deutscher Verbände unter deutscher Führung bis zum Korpsverband. Nur in diesen deutschen Verbänden kommt unsere soldatische Stärke zum Tragen, nicht in gemischt anglo-amerikan.-franz.-deutschen Verbänden, deren Kampfwert als nicht homogen zusammengesetzte Einheiten etwa denen der unseligen Marsch- und Urlauber-Bataillone der Wehrmacht gegen Ende des Krieges sein würde.“¹⁰⁾ Die benötigte Größenordnung der Panzertruppe als „Kerntruppe“ bezifferte er auf „30 Divisionen von höchster Kampfmoral und Erfahrung.“¹¹⁾

An diesem militär-konzeptionellen Entwurf mussten sich jedoch - zumal zu jenem Zeitpunkt - die Geister zwischen Adenauer und von Manteuffel scheiden. Würde doch der Bundeskanzler ziemlich genau einen Monat später vor dem Deutschen Bundestag erklären: „Im äußersten Fall sei alsdann die Frage eines deutschen Kontingents im Rahmen einer europäischen Föderation zu überlegen.“¹²⁾

Insgesamt waren es wohl weniger die Inhalte von Manteuffels Denkschrift, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 28. Februar 1950 zu einem öffentlichen Dementi veranlassten, sondern seine geringen politischen seismographischen Fähigkeiten zu erkennen, was im Augenblick politisch opportun war und was nicht. Vollends ins Abseits bei Adenauer stellte sich der General mit seiner Denkschrift „Zusammengewürfelte Gedanken eines langjährigen Soldaten zu einer Frage, die zur Zeit alle Deutschen interessiert“.¹³⁾ Alle hier niedergeschriebenen Bekenntnisse, Forderungen und Ablehnungen waren bereits strukturierter im Memorandum an Adenauer einen Monat zuvor niedergelegt worden. Während von Manteuffel die vielerorts zirkulierenden „Gedanken“ unter dem Aspekt einer notwendigen öffentlichen In-

formierung betrachtete, vielleicht auch etwas im Sinne von „Stell Dich quer, dann bist du wer“, so bewertete die Bundesregierung dies jedenfalls als nicht erwünschte Publizitätssucht. Im Deutschen Bundestag avancierte von Manteuffel später unter FDP-Parteichef Erich Mende zum führenden wehrpolitischen Sprecher der Fraktion. Aber auch hier eckte er oft wegen mangelnden politischen Fingerspitzengefühls an.

Graf Schwerin als Sicherheitsbeauftragter von Bundeskanzler Adenauer

Die Wahl von Konrad Adenauer am 15. August 1949 durch den Deutschen Bundestag zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland konnte das Manko westdeutscher Politik nicht beseitigen: Die Alliierte Hohe Kommission behielt sich das Mandat für Fragen der auswärtigen Politik vor, insbesondere der Sicherheitsbelange. Die gewollte militärische Inkompetenz der Bundesregierung manifestierte sich im Gesetz Nr. 16 „Ausschaltung des Militarismus“.¹⁴⁾

Das bereits diskutierte Deutsche Büro für Friedensfragen, das auch als Personalpool für ein künftiges Auswärtiges Amt konzipiert worden war, hatte zwar in einem Memorandum behauptet, durch den totalen politischen Objektcharakter habe Deutschland (West) Anspruch auf „internationalen Schutz in irgendeiner Form“.¹⁵⁾ Die gutachtenden Juristen verneinten allerdings eine hieraus abzuleitende völkerrechtliche Sicherungs- und Schutzpflicht seitens der Besatzungsmächte.¹⁶⁾ Eine Auffassung, die auf starke Ablehnung Adenauers stieß. Seine Bedrohungsperzeptionen¹⁷⁾ beruhten auf folgender Gefährdungseinschätzung: Vor dem Hintergrund von pazifistischen, neutralistischen und nationalistischen Kräften in der noch jungen, demokratisch-instabilen Bundesrepublik könnten von „Pankow“ initiierte, als „5. Kolonne“ getarnte kommunistische Kader subversive Aktivitäten entfalten und die deutsche Arbeiterschaft durch die sowjetzonale Kasernierte Volkspolizei zu „befreien“ versuchen. Nicht sicher wäre, ob die Besatzungsmächte den von Ost-Berlin gesteuerten Konflikt möglicherweise als lediglich „innerdeutsche“ Auseinandersetzung hinnehmen würden.

Zudem musste er im Selbstbild als verantwortungsvoller Regierungschef, unter Berücksichtigung des noch favorisierten Rheinlinienkonzepts als alliierte Verteidigungslinie und der Tatsache sowjetischer Übermacht an konventionellen Streitkräften¹⁸⁾ sowie der gewaltsamen Ausdehnung der sowjetischen Einflussphäre in Osteuropa, eine potenzielle Bedrohung auch für Westdeutschland für möglich halten. Zudem wiesen das „Law No. 24“ vom 8. Mai 1950 zur „Verhinderung der Wiederaufrüstung Deutschlands“¹⁹⁾ wie auch die ausgesprochene Reserviertheit gegenüber seinen Anträgen für eine Sicherheitsgarantie und Erlaubnis zur Aufstellung von Bundespolizeikräften eklatante Sicherheitslücken auf und hypertrophierten sein Bedrohungsbild.

Aus Adenauers Memoiren wissen wir, dass er Mitte Mai 1950 vom Umschwung der Westalliierten hin zu einer in das westliche Ordnungssystem zu integrierenden Bundesrepublik als wünschbares Ziel erfuhr.²⁰⁾ Diese Änderung westlicher Besatzungspolitik bedeutete für ihn, sich

nunmehr auch öffentlich um die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik kümmern zu dürfen. Sein erster institutioneller Schritt in diese Richtung war somit die Berufung eines Beraters des Bundeskanzlers in Sicherheitsbelangen.

Ein solches Amt erforderte eine Persönlichkeit mit höchster Wissens- und Urteilskompetenz, politisch unbelasteter Vergangenheit, am politischen Geschehen sehr interessiert, ohne jedoch in dieser Hinsicht selber ambitioniert zu sein. Also Brillanz, ohne zu brillieren. Im Steinbruch der personellen Hinterlassenschaft der Wehrmacht gab es, um im Bild zu bleiben, nur wenige Findlinge, auf die ein solches Profil zufraf.

General a.D. Hans Speidel billigte man unumstritten derartige Charaktereigenschaften zu. Das Brennecke-Forum hatte auch auf die Wahl ihres Mannes hierzu hingearbeitet. Aber Adenauers Reserviertheit gegenüber seiner Person grenzte ihn aus dem potenziellen Berufungskreis aus. Sein Offizierskamerad, Hasso von Manteuffel, hatte sich durch die negativen Schlagzeilen über seine Denkschrift für Adenauer aus der Berufungschance selber herauskatapultiert. Freiherr von Schweppenburg war zwar für das DBfF gutachtend tätig gewesen, aber eine anhaltende persönliche Fehde mit Generalfeldmarschall a.D. von Manstein hätte seine Ernennung zu einem personalpolitischen Wagnis erster Güte gemacht.

Auch General a.D. Reinhard Gehlen gehörte zu einer ernsthaft diskutierten Option. Zum einen jedoch war er untrennbar mit seinem Nachrichtendienst, der Organisation Gehlen, verbunden, die für Adenauer den Garanten wertvollster Ostinformationen bedeutete, wodurch Gehlens Position unersetzbar war.²¹⁾ Zudem operierte der Dienst als ein unter US-Kontrolle stehender deutscher Nachrichtendienst; die Berufung seines Chefs zum sicherheitspolitischen Mentor des Kanzlers müsste daher zwangsläufig zum Misstrauen der britischen und französischen Besatzungsmacht führen.

Zum engsten Kreis der Aspiranten zählte, wie schon erwähnt, der ehemalige General der Panzertruppe, Gerhard Graf von Schwerin. Er verfügte als vormaliger Nachrichtenoffizier (Gruppenleiter England/USA in der Abteilung Fremde Heere West im OKH) über gute Verbindungen in den anglo-amerikanischen Raum. Gräfin von Dönhoff kannte selbstverständlich das Adelsgeschlecht der Schwerins aus der Vorkriegszeit in Ostpreußen. Sie machte über einen ihr gut bekannten britischen Offizier die britische Militärregierung auf Schwerin aufmerksam. Deren Hoher Kommissar, General Sir Brian Robertson, avisierte den General dem Bundeskanzler. Am 24. Mai 1949 kam es zu einem ersten Gespräch zwischen Adenauer und Schwerin mit dem Ergebnis, „ihm als ‚Berater des Bundeskanzlers in Sicherheitsfragen‘ ein Büro mit wenigen Mitarbeitern“ zuzugestehen.²²⁾

Nach seinem Selbstverständnis war Schwerin für die Beurteilung und Ratgebung der inneren und äußeren Sicherheit zuständig. Adenauer teilte wohl diese Einschätzung,²³⁾ allerdings mehr im Hinblick auf seinen politischen Pragmatismus. Denn für ihn „galt innere und äußere Sicherheit als Ganzes, als Problem, das politisch auch nur ganzheitlich zu lösen war und deshalb ganzheitlicher Planungen und Lösungsvarianten bedurfte.“²⁴⁾

Im Wesentlichen sah der Kanzler die Funktion seines Sicherheitsberaters instrumentell, eben für den Zweck der Souveränitätserringung. Das Fehlen einer schriftlichen Aufgabenzuweisung Adenauers für Schwerin dürfte in hohem Maße zur bald einsetzenden Verwirrung beim Brennecke-Speidel-Heusinger-Kreis hinsichtlich Schwerins Wirken beigetragen haben.²⁵⁾ Dazu kam die damalige Geheimhaltungspolitik um die neue Institution - seitens der Alliierten lag eben noch keine offizielle Erlaubnis für ein sicherheitspolitisches Tätigkeitsfeld vor. Das Büro ressortierte bei der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission, die ihrerseits dem Kanzler-Vertrauten Herbert Blankenhorn unterstand und ihren Sitz im Kanzleramt bezogen hatte. Wie es Arnulf Baring formulierte: „Die Errichtung des später als Zentrale für Heimatdienst bezeichneten Büros Schwerins wurde so vertraulich behandelt, daß selbst vielen Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes unbekannt war, was es mit dieser Stelle, die in einigen Dachstuben des Palais Schaumburg eine rege Tätigkeit entfaltete, eigentlich auf sich hatte; im Hause hieß es, dort sitze eine neue Geheimregistratur.“²⁶⁾

Obwohl Adenauer angeblich „die Sicherheit der Bundesrepublik [als] Frage von absolutem Vorrang“²⁷⁾ definierte, rangierte sie tatsächlich nicht auf der ersten Stufe seiner außenpolitischen Prioritätenskala. Sein eigentliches oberstes Ziel hieß, durch den Aufbau neuer deutscher Streitkräfte Souveränität zu erreichen. Die Klärung der Sicherheitsfrage fungierte somit als Mittel zum Zweck. An dritter Stelle platzierte er den Aufbau eines europäischen Bundesstaates.²⁸⁾ In einer Kurzformel zusammengefasst: „Freiheit, Frieden, Einheit“.²⁹⁾

Graf Schwerins Aufgabe bestand konsequenterweise in der Suche nach Lösungen, um - mit dem Instrument Sicherheit - die Freiheit der Eigenentwicklung zu gewährleisten. Diese wiederum war für Adenauer nur in westlicher Bindung vorstellbar.

Die mobile Bundesgendarmerie

Am 29. Mai 1950 legte Schwerin dem Kanzler eine erste schriftliche Stellungnahme mit dem Titel „Gedankenbeitrag für den Aufbau einer mobilen Bundesgendarmerie“ vor.³⁰⁾ Mit Blick auf das damals vorherrschende militärische Kräfteverhältnis „werden die Westmächte das Gebiet zwischen Elbe und Rhein als strategisches Vorfeld betrachten. Im Fall des Eindringens stärkerer sowjetischer Kräfte wird man dieses Gebiet nicht nachhaltig verteidigen, sondern [...] zunächst auf die Rhein-Alpen-Linie ausweichen, die als erste Widerstandslinie angesehen werden kann.“³¹⁾ Den alliierten Luftstreitkräften billigte die Denkschrift mangels Masse keine Stoppwirkung gegen die anrollenden Panzerkeile zu. Sie würden erst später mit Bombenabwürfen bei logistischen Knotenpunkten an Elbe und Oder Wirkung erzielen. Auch dem Einsatz von Atomwaffen wurde keine unmittelbare Schlachtfeldentscheidung zugebilligt. Lapidar lautete der einzige Satz hierzu: „Derartige Waffen werden mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst gegen geeignete Ziele im innerrussischen Raum zur Anwendung kommen.“³²⁾

Die mangelnde nukleare Implementierung in ein westliches militärstrategisches Konzept lässt sich be-



Auszug aus der Himmeroder Denkschrift.

gründen: Allenfalls im Gremium der im Frühjahr 1948 konstituierten Combined Chiefs of Staff, der Vereinten Generalstäbe der USA, Kanadas und Großbritanniens, waren die Amerikaner mitunter bereit, Auskünfte über ihre operativen Pläne für den Kriegsfall zu geben.³³ Die kontinentaleuropäischen Mitglieder der gerade gegründeten Westunion (der späteren WEU) wurden hingegen bewusst nicht ins Bild gesetzt; der US-Verteidigungsminister James V. Forrestal versprach ihnen lediglich eine moderate Haltung.³⁴ Vermutlich wollte man einem Schock angesichts der Planungsvorhaben und einem Defätismus vorbeugen oder glaubte - wegen der starken KP im Frankreich der Vierten Republik - auch nicht an die unbedingte Geheimhaltung.

In der Tat verfolgte der strategische Rahmenplan der USA „OFFTACKLE“ vom 1. Dezember 1949 bzw. 18. Februar 1950 eine Zielrichtung, die bei seinem Bekanntwerden in den westeuropäischen Demokratien zu politischen Erdbeben geführt hätte.³⁵ Man war bereit, sich im Kriegsverlauf vom europäischen Festland zurückzuziehen, um nach Sammlung von neuen Expeditionskräften

erneut anzulanden. Vorrangig sollten England, dann das westliche Mittelmeer und Nordafrika, gefolgt von Kairo-Suez (Ölfelder), gesichert werden.³⁶ Frühestens nach sieben Jahren, also für 1957, prognostizierten die Vereinten Stabschefs der US-Streitkräfte die realistische Chance, Skandinavien, Dänemark sowie Westeuropa östlich der Linie Rhein-Alpen-Piave verteidigen zu können.³⁷ Der westliche Teil des europäischen Kontinents erwies sich damit sicherheitspolitisch als „inkontinent“. 1950 jedoch waren die Westalliierten froh, wenn sie mit Spanien hinter der Pyrenäen-Linie wenigstens einen europäischen Brückenkopf halten könnten. Zudem konstatierte ein US-Untersuchungsausschuss im selben Jahr, dass für die Effektivität des strategisch-nuklearen Luftkrieges gegen die UdSSR erhöhte Potenzen in den Sektoren Luftbetankung, Lufttransport und Treibstoffbevorratung in den ausländischen Basen sowie eine präzisere Zielaufklärung vonnöten seien.³⁸

Dies alles konnte General Schwerin nicht gewusst, allenfalls nur ansatzweise geahnt haben. Auf jeden Fall traf er mit seiner zur damals üblichen obsessiv-pessimistischen Prognose den Nervus Rerum westeuropäischer Sicherheit: „Dem augenblicklichen Kräfteverhältnis entsprechend werden die Westmächte das Gebiet zwischen Elbe und Rhein als strategisches Vorfeld betrachten. Im Fall des Eindringens stärkerer sowjetischer Kräfte wird man dieses Gebiet nicht nachhaltig verteidigen“. Für deutsche Streitkräfte sah er „aus den bekannten Gründen keine Aussicht auf Verwirklichung“.³⁹ „Eine überfallartige Invasion vom Osten her ohne vorausgehende Spannungszeit führt zur Vereinigung der ersten und zweiten Fluchtwellen in einer wahrscheinlich grauenvollen Apotheose von Schrecken noch nie dagewesenen Ausmaßes.“⁴⁰ Nur mit „10-12“ zeitgemäß bewaffneten „deutschen Panzerdivisionen“ im Verbund mit alliierten Streitkräften könnte eine „grundsätzliche Veränderung der Lage [...] herbeigeführt werden“.⁴¹

Weil aber eben die Wiederbewaffnung zum damaligen Zeitpunkt so wahrscheinlich war wie das Auffinden des Bernsteinzimmers, richtete die Dienststelle Schwerin den Blick auf den „Aufbau einer mobilen Bundesgendarmerie“. In drei Aufbauschritten und etwa 18 Monaten Aufbauzeit „könnte [...] eine personell gut ausgewählte und lediglich gut ausgebildete Gendarmerietruppe verwendungsbereit sein.“ Weil es sich hierbei um „eine Einrichtung der Besatzungstruppen handeln würde, erübrigt sich ein gesetzgeberischer Akt und damit die Behandlung der Angelegenheit im Bundestag und -rat.“⁴² Ein Vorschlag, der auf fruchtbaren Boden von Adenauers politischem Selbstverständnis fallen musste.⁴³ Im Frieden sollte diese Bundespolizei den Länderpolizeikräften beim Grenzdienst Unterstützung leisten, im Notstandsfall darüber hinaus die befürchteten enormen „Flüchtlingsströme“ lenken, Evakuierungsmaßnahmen in jeweils gefährdeten Gebieten durchführen sowie aufkommende Bandenunwesen bekämpfen. Kurzum ein Programm, das sich im Wesentlichen mit der Aufgabenstruktur des späteren Bundesgrenzschutzes deckte.

Ebenfalls im Mai 1950 erstellte General Schwerin eine „Skizzierung praktischer Möglichkeiten für den Aufbau

deutscher Cadre-Einheiten im Rahmen der Vereinigten Westeuropäischen Streitkräfte“.⁴⁴⁾ Drei sicherheitspolitische Optionen wurden hier vorgestellt: i. „Mobile westdeutsche Bundespolizei - nach dem Muster der ostdeutschen Volkspolizei“, ii. „Verwandlung der Grenzpolizei der Länder in eine mobile Bundes-Gendarmerie“, iii. „Koordinierung der deutschen Arbeitseinheiten bei den alliierten Besatzungstruppen.“⁴⁵⁾ Als Vorteil der ersten Lösungsvariante wurde eine allgemeine Akzeptanz der Bevölkerung angenommen. Für den zweiten Vorschlag sprach die Möglichkeit der rechtlichen Umgehung der alliierten Außenminister; es sollte genügen, wenn die - moderateren - alliierten Hochkommissare zustimmten. Bei Option drei überwogen organisatorisch-ausbildungsstrukturelle Bedenken wie auch eine mögliche öffentliche Fehldeutung: „Deutsche Hiwis in all[iierten] Einheiten!“⁴⁶⁾

Graf Schwerins Start als Sicherheitsberater stand jedoch im Zangengriff mehrerer schwieriger Probleme. Er verfügte politisch über keine Hausmacht. Bemühungen, für seine Arbeit aus dem Reservoir früherer Wehrmachtsoffiziere Unterstützung zu erhalten, waren eingeschränkt. Die militärpolitische Elite um den Brennecke-Speidel-Heusinger-Kreis wies ihm wegen des Zielkonflikts die kalte Schulter. Andere Generäle hatten ihm die vorzeitige Kapitulation als Kommandeur des LXXVI. Panzer-Korps in Norditalien nicht verziehen. Der Parteivorstand der oppositionellen SPD beobachtete mit Bedenken seine Leitartikel als ehemaliger Kommandeur der 116. Panzer-Division Windhund in der Verbandszeitschrift „Windhund-Kameradengruß“.

Der „Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst“

Der Aufbau eines eigenen militärischen Nachrichtendienstes bildete das wohl schwierigste Unterfangen während der organisatorischen Aufbauphase des Büros Schwerin. Mit dieser Regierungsentscheidung zogen dunkle Gewitterwolken am Himmel deutscher Geheimdienstfrühen auf.

Seit Frühjahr 1950 ressortierte im Innenministerium ein Amt für Verfassungsschutz. Minister Gustav Heine mann betrieb die Institutionalisierung aber nur zögernd und auf Sparflamme. Geheime Ostinformationen erhielt Adenauer ausschließlich von der Organisation Gehlen. Allerdings „durfte Gehlen zunächst das Bundeskanzleramt nicht laufend, sondern nur in großen Zügen über politische, wirtschaftliche und militärische Vorgänge im Osten unterrichten.“⁴⁷⁾ Neueste Forschungen belegen jedoch: „Die verdeckte innenpolitische Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Gehlen-Dienst setzte ungefähr ein halbes Jahr nach der Regierungsbildung ein.“⁴⁸⁾ Gleichwohl, die einseitige ND-Abhängigkeit beabsichtigte Adenauer zu ändern, zumal er nicht sicher sein konnte, ob die unter US-Befehl stehende „Org-Gehlen“ ihm nicht auch gesteuerte Berichte unterschob.

Schwerin verfügte über Wissen über die früheren „Fremden Heere West“, nicht jedoch über Osterfahrgang. Über Major i.G. a.D. Achim Oster, den Sohn von General Hans Oster, dem früheren Leiter der Zentralabteilung Amt Ausland/Abwehr (Canaris) und als eine führende Person im militärischen Widerstand des 20. Juli 1944 hingerich-

tet - nahm er Kontakt zu einem ehemaligen Mitarbeiter seines Vaters auf, dem Schriftsteller und Oberstleutnant a.D. Friedrich Wilhelm Heinz. Dessen gute Kontakte zu früheren Kameraden in der damaligen Ostzone boten eine Basis für das, was Adenauer wünschte: Unterrichtung über die Kasernierte Volkspolizei, die stationierten Einheiten der Sowjetarmee und deren Rüstungsstand. Im Juni 1950 wurde Heinz dem Büro Schwerin attachiert und der „Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst“ (kurz „FWH-Dienst“) etatisiert.⁴⁹⁾

Zunächst firmierte der FWH-Dienst in Bad Godesberg unter der Deckadresse „Institut für Gegenwartsforschung“ und war „später als Archiv für Zeitgeschichte in Frankfurt und Wiesbaden ansässig, ehe seine Mitarbeiter im Herbst 1953 auch offiziell in das Amt Blank übernommen wurden als Grundstock des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)“.⁵⁰⁾ Als Zentrale für Heimatdienst (ZfH) des Grafen von Schwerin war der FWH-Dienst im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes angegliedert. Der „Org“-Chef Gehlen war alarmiert, ballte sich doch mit der FWH-Struktur eine potenziell bedrohliche Konkurrenz gegenüber seiner nachrichtendienstlichen Alleinstellungsposition zusammen. Vergleichbar dem Rilke-Gedicht: „Die Blätter fallen, fallen wie von weit, als welkten in den Himmeln ferne Gärten; sie fallen mit verneinender Gebärde“ „wähnte [er] sich bereits von den Erben des Widerstands-Märtyrers Oster verfolgt, die dem Pullacher übernahmen, daß er allzu viele Ex-Nazis in seiner Organisation beschäftigte. Jeder von diesen Gehlen-Rivalen hatte einmal dem Oster-Kreis angehört.“⁵¹⁾

Inszenierte Unterstellungen von „Org“-Chef Gehlen sowie von Otto John, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in den darauffolgenden drei Jahren, Heinz unterhalte Verbindungen zum sowjetischen MGB (Ministerium für Staatssicherheit), zielten darauf, den FWH als unliebsamen nachrichtendienstlichen Konkurrenten zu demontieren. Dies sowie unprofessionelles Verhalten von Heinz im so genannten „Fall Jan Eland“⁵²⁾ boten schließlich 1953 Staatssekretär Hans Globke, der die Org-Gehlen favorisierte, den Anlass, bei Theodor Blank, dem „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“, die Entlassung von Heinz zu erwirken. Die Suspendierung erfolgte am 1. Oktober 1953. Der Gehlen-Dienst hatte sich durch seine Schachzüge wieder das Monopol der militärischen Auslandsnachrichten-Beschaffung gesichert.

Krieg in Korea - Krieg in Europa?

Am 25. Juni 1950 überschritten massierte Streitkräfte der nordkoreanischen Volksarmee den 38. Breitengrad und leiteten mit dem Angriff gegen Südkorea den ersten Stellvertreterkrieg der beiden Weltordnungsmächte ein. Die Debatten um die Sicherheit der Bundesrepublik waren nun nicht länger ein bloßes Glasperlenspiel, sie erhielten starken Rückenwind. Die politische Analogie zwischen Korea und Westdeutschland war auf den ersten Blick frappant: In beiden Fällen als Ergebnis des Weltkrieges die Teilung in zwei antagonistische Staaten mit politischer Anbindung an die Führungsmacht

des jeweiligen Blocks. Der wesentliche Unterschied wurde damals jedoch oft übersehen: Im Gegensatz zu Südkorea standen in der Bundesrepublik alliierte Besatzungstruppen, worauf US-Hochkommissar John McCloy ausdrücklich als Sicherheitsgewähr verwies.⁵³⁾ Der Bundesregierung fehlte aber eine formelle völkerrechtlich verbindliche Sicherheits-Garantieerklärung.

Graf Schwerin erstellte darum Anfang Juli 1950 einen ersten Entwurf „Über die Inangriffnahme von Sicherungsmaßnahmen für den Fall eines „Nationalen Notstandes“ im Bundesgebiet.“⁵⁴⁾ Als „Sofortprogramm“ forderte er das „Sammeln der kampferfahrenen und kampfwilligen Mannschaft im Anschluss an all[iierte] Truppen“ sowie „Sicherstellung eines möglichst großen Teiles derjenigen wehrfähigen jungen Mannschaft, die noch keine oder nur unzureichende Waffenausbildung besitzen“, wie auch die „Verstärkung der deutschen Diensttruppen bei den all[iierten] Besatzungstruppen auf das Dreifache ihres jetzigen personellen Bestandes, d.h. auf 200.000 Mann“. Diese Diensttruppen sollten den „all[iierten] Truppeneinheiten unter Umbildung ihres zur Zeit zivilen Arbeitsverhältnisses auf militärischen Status mit milit[ärischer] Rangordnung, Disziplin und voller Kasernierung“ zugefügt werden, um „deutsche Personaleinheiten im Rahmen der all[iierten] Truppen zu schaffen, die erforderlichenfalls sofort mit der Waffe ausgebildet und im Katastrophenfall als Aufnahme für kampfwillige deutsche Elemente verwandt werden können.“ Als Ausgleich zu der von ihm bereits im Mai-Memorandum geforderten „mobilen Bundesgendarmerie“, die jedoch von den Alliierten noch nicht erlaubt wurde, drängte er auf „die Polizeiverstärkung der Länder in Form von mobilen, kasernierten und voll motorisierten Einheiten.“⁵⁵⁾

Wie bereits seine Offizierskameraden Speidel und von Manteuffel vertrat auch Schwerin die Auffassung, im Kontext westdeutscher militärischer Aktivitäten die französischen Sicherheitsinteressen berücksichtigen zu müssen. Im Memorandum schrieb er hierzu, „dass Frankreich bei etwaigem Beginn deutscher Wiederbewaffnung über starke eigene Kräfte und damit über ein ausreichendes Gefühl eigener Sicherheit verfügt. Es liegt ebenso im Interesse der deutschen wie der europäischen und gesamtalliierten Konzeption, Frankreich möglichst stark zu machen.“⁵⁶⁾

Damit war aber auch der Punkt erreicht, mit den Planungen über die deutsche Ebene hinauszugehen. Im Auftrag der Bundesregierung sandte Schwerin Mitte Juli ein „Aide mémoire Nr. 1 zur Klärung der Grundlagen für Sofortmaßnahmen im Katastrophenfall (Sowjetische Invasion Westdeutschlands)“ an die Alliierte Hochkommission.⁵⁷⁾ In ihm erbat sich die Bundesregierung die Beantwortung wichtiger Fragen wie: Annahmen über Marschrichtung, -zeiten und potenzielle operative Ziele sowjetischer Truppen, über Art und Umfang alliierterseits erwünschter deutscher Hilfsmaßnahmen wie pioniermäßige Sperren sowie über Möglichkeiten und Modalitäten der Eingliederung deutscher ehemaliger Soldaten in alliierte Truppenteile. Ferner ging es um Evakuierungsprioritäten und ihre Lösungen, um die

logistische Bewältigung der Versorgung mit Nahrung, Rohstoffen und Informationen, um die Zustimmung zur Aufstellung einer Bundesgendarmerie respektive infrastrukturelle Verbesserungen der Länderpolizeien hinsichtlich der Bewaffnung, Mobilität und Kasernierung sowie schließlich um die Anhebung des Personalbestandes der Diensttruppen auf 200.000 Mann.

Zwei Tage später trafen der für Außenpolitik im Kanzleramt zuständige Herbert Blankenhorn und Graf Schwerin den US-Hochkommissar General George Hays und erzielten grundsätzliche Übereinstimmung über den Einsatz früherer Soldaten von Elite-Wehrmachtsverbänden als neu zu formierende deutsche Kampfeinheiten. Vermutlich hatte Schwerin, mit Blick auf seine frühere 116. Elite-Panzer-Division „Windhund“, einen entsprechenden Vorschlag Hays unterbreitet. Jedenfalls wurde dieses Problem in einem weiteren Memorandum Schwerins, dem Aide mémoire Nr. 3, näher ausgeführt.⁵⁸⁾ Mit Interesse nahm Hays das Ansuchen auf, die „Diensttruppen“ (also das deutsche Hilfspersonal der alliierten Truppen) als Personalsockel für den Aufbau künftiger deutscher Kampfverbände zu verwenden. Daraufhin wurde eine Woche später ein diesbezügliches Gesamtkonzept ausgearbeitet und an ihn übersandt.⁵⁹⁾

Wie schon angedeutet, herrschte zwischen dem Brennecke-Forum und seinen militärischen Exponenten Speidel und Heusinger sowie Minister Wildermuth als politischem Standbein im Bundeskabinett und Graf Schwerin seit dessen Berufung zum Sicherheitsbeauftragten ein frostiges Klima.⁶⁰⁾

Die wechselseitigen vermuteten und unterstellten Kompetenzzuordnungen quollen als Problem vollends im Juli auf. Anlass war ein gefordertes Briefing von Wildermuth durch Schwerin über dessen kurz zuvor stattgefundene Unterredung mit dem US-Hochkommissar General George P. Hays. Mit Befremden und Bestürzung vernahm der Verteidigungsminister in spe Schwerins Aussage, dass er, der Sicherheitsbeauftragte des Kanzlers, in dessen Auftrag Generaloberst a.D. Heinrich von Vietinghoff bitten solle, die Leitung eines Generalstabsausschusses zu übernehmen, der Adenauer mit Fach- und Sachverstand beraten solle. Auf Wildermuths heftige Entrüstung, ein solcher Expertenkreis sei bereits unter Vorsitz von Speidel präsent, rekurrierte Schwerin auf Adenauers Anweisung.

Wildermuth regte nun bei Speidel, Heusinger und Foertsch an, in München einen militärischen Gegenbeirat zu gründen und mit einem umfangreichen Memorandum dem Bundeskanzler die Leistungsfähigkeit ihres Gremiums vor Augen zu führen.⁶¹⁾ Adenauer jedoch untersagte seinem Minister die geplante Münchner Konstituierung, um vor der New Yorker Außenministerkonferenz jedwede Profilierung in der Wehrfrage zu vermeiden. Graf Schwerin reüssierte zum zweiten Mal gegen den Speidel-Kreis. Doch der Eklat zwischen beiden sicherheitspolitischen Exponenten war nun perfekt. Die erbitterte Konkurrenz, ja beinahe Feindschaft zwischen ihnen resultierte aber nicht allein aus dem ganz unterschiedlichen Naturell beider Generäle und der Ge-

gensätzlichkeit ihrer Sicherheitskonzepte. Der Konflikt war durch die Überschneidung ihrer Interessen geradezu vorprogrammiert. Kanzler Adenauer wiederum dachte gar nicht daran, durch eindeutige Zuweisung Schneisen in diesen Kompetenzdschungel zu schlagen.

Im Bewusstsein, in sicherheitspolitischen Fragen einen Alleinvertretungsanspruch reklamieren zu können, wurde Schwerin konsequent zu keinem Treffen hinzugezogen. Schwerin verstand sich als vom Kanzler persönlich inthronisierter Ratgeber, um sich herum Sachverständige zu versammeln, damit dieses Expertengremium alle wichtigen Vorentscheidungen einer westdeutschen militärischen Option treffen und als clearing-Stelle für die Verhandlungen mit den Alliierten Hohen Kommissaren zur Verfügung stehen könne. Die Speidel-Gruppe hingegen sah in Schwerin lediglich einen Sachverständigen zur Erstellung von Denkschriften für die Regierung in Fragen der inneren Sicherheit (also etwa hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus einer Bundespolizei), während sie sich selbst als zuständig für Fragen der äußeren Sicherheit fühlte.⁶²⁾

Obwohl Adenauer Wildermuth untersagt hatte, mit Speidel, Heusinger und Foertsch einen eigenen sicherheitspolitischen Beratungsausschuss für Verhandlungen über die westdeutsche Verteidigungsfrage mit den Alliierten zu konstituieren, beauftragte er über seinen Minister die Generäle, ein Sicherheitsgutachten zu erstellen - an Schwerin vorbei. Das Ergebnis war die in sechs Punkte gegliederte Denkschrift vom 7. August 1950.⁶³⁾

Abschnitt I skizzierte die „Die allgemeine Lage der Bundesrepublik im Hinblick auf die Frage der äußeren Sicherheit“ als ein Bedrohungsgebirge mit den Steilhängen defizitärer sicherheitspolitischer Einbindung und mangelnder gesellschaftlicher Resistenz gegenüber der kommunistischen Ideologie.⁶⁴⁾ Kapitel II „Die militärpolitische Lage“ steigerte noch die Bedrohungskulisse. Mit ihren in der „Ostzone“ stationierten „22 Pz-mech. und mot[orisierten] Divisionen, 9 Flak-Divisionen, 3 Art[illerie]-Divisionen, 6.000 Panzern, 1.800 Flugzeuge[n], darunter 500 Düsenjäger/Jet“ wäre die Sowjetarmee in der Lage, „innerhalb von 48 Stunden“ loszumarschieren.⁶⁵⁾ Allein die „Sorge vor dem Entstehen eines dritten Weltkrieges, die Unterlegenheit auf dem Atomgebiet und die Unvollständigkeit ihrer operativen Luftwaffe hält die Sowjetunion noch zurück.“⁶⁶⁾ Wahrscheinlich unbeabsichtigt wurden damit gerade jene Faktoren herausgestellt, die letztlich kriegsverhindernd stabilisierend wirkten.

Allerdings prognostizierte die Studie unter Punkt III „Die Möglichkeiten der Herstellung der äußeren Sicherheit“ alarmistisch nur noch ein knappes Zeitfenster von zwei Jahren, weil dann die sowjetische „Bereitschaft zur endgültigen Auseinandersetzung vom rein militärischen Standpunkt aus etwa 1952 vorhanden ist. Diese Überlegung spricht für den möglichst schnellen Aufbau einer deutschen Verteidigung.“ Diese Streitkräfte müssten aber einzig der NATO-assigniert aufgebaut werden. Die benötigte Größenordnung bezifferten die Generäle auf „15 moderne Friedens-Divisionsverbände.“⁶⁷⁾ Die

IV. Rubrik, „Die notwendigen Maßnahmen“ umfassten einen umfangreichen Aufgabenkatalog, der von Vorbereitungen im psychologischen Verteidigungsbereich über logistische materielle und personelle Vorsorge bis zu rechtlichen und administrativen Ausführungen reichte.⁶⁸⁾ Zwei weitere Kapitel der Studie (V und VI) sind in unserem Zusammenhang weniger wichtig.

Die beiden renommierten Politikwissenschaftler und Historiker Arnold Bergstraesser und Klaus Mehnert hatten den Inhalt der Denkschrift beratend begleitet. Sie trugen wohl auch dazu bei, dass sich diese Ausarbeitung in gedanklichem Tiefgang und konzeptioneller Breite von allen vorausgegangenen Memoranden abhob, die jeweils an politische Akteure gerichtet worden waren. Im September ließ sich Bundespräsident Theodor Heuß auf einer Tagung in Godesberg, an der auch Speidel teilnahm, von ihm das Gutachten erläutern. Bundeskanzler Adenauer war vom Inhalt so beeindruckt, dass er Hans Speidel am 4. Oktober zum persönlichen Gespräch empfing. Über einen amerikanischen Freund Speidels nahmen sowohl das Pentagon wie auch das Weiße Haus von der Studie Kenntnis.⁶⁹⁾ „Das Sicherheitsmemorandum Speidels, Heusingers und Foertschs vom 7. August 1950 stellt insofern eine Wendemarke dar, als von nun an Speidel als wichtigster militärpolitischer Fachmann immer mehr in den Vordergrund trat, während Wildermuth und Schwerin in der Gunst des Kanzlers ins Hintertreffen gerieten.“⁷⁰⁾

In diese Zeit fiel auch die New Yorker Außenminister-Konferenz der Westalliierten. Die drei Außenminister stellten sich voll hinter die Entscheidungen der Hohen Kommission vom 28. Juli. Diese hatten zwar gegen die deutscherseits beantragte und schon organisatorisch im Aufbau befindliche Bundespolizei ihr Veto eingelegt, dafür jedoch der Aufstockung der mobilen Länderpolizeireserve auf zunächst 30.000 Mann, mit der Maßgabe ihrer späteren Vergrößerung, zugestimmt.⁷¹⁾ Darüber hinaus gaben sie der Bundesrepublik erstmals eine ausdrückliche Schutzzerklärung.⁷²⁾ Adenauer befreiten sie damit allerdings nicht von seinem Alldruck der Sorge gegenüber einer östlichen Aggression oder verdeckten Subversion. So betonte er in seinem Schreiben an die Hohen Kommissare vom 9. April 1951: „Die Voraussetzungen für die Erfüllung der Sicherheitsgarantie, [...] das Gebiet der Bundesrepublik gegen einen Angriff, von welcher Seite er auch kommen mag, wirksam zu schützen, sind heute noch nicht geschaffen.“⁷³⁾

Schwerin plädierte auch nach der New Yorker Konferenz weiter für eine Polizeilösung.⁷⁴⁾ Damit war er jedoch für Adenauers außenpolitische Zielsetzung nicht mehr opportun, denn der Kanzler sah in der deutschen Wiederbewaffnung ein politisches Instrument zur Erlangung der Souveränität. Nach der Zäsur von New York, Sicherheitspolitik nicht länger über, sondern von nun an mit der jungen Republik zu gestalten, erhielt der militärpolitische Bauplan von Speidel, Heusinger und Foertsch (Integration deutscher Streitkräfte in ein euro-amerikanisches Verteidigungsgefüge) bei Adenauer Rückenwind.

Die Himmeroder Denkschrift

Unter der Bedrohungsperzeption des im Juni ausgebrochenen Koreakrieges beschloss der Europarat am 11. August 1950 die Aufstellung einer Europäischen Armee mit integrierten deutschen Militärkontingenten, die im Oktober als Plevan-Plan konzipiert wurde.

Vor diesem Hintergrund sollte im Auftrag von Adenauer bereits Ende August eine sicherheitspolitische Konferenz im Kloster Walberberg bei Bonn stattfinden, mit dem Fokus auf Modalitäten eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Außenminister-Konferenz wurde sie auf Anfang Oktober verschoben. Die Alliierten durften nämlich unter „keinen Umständen den Eindruck gewinnen, als ob deutscherseits bereits Vorbereitungen militärischer Natur im Gange seien.“⁷⁵⁾ Nun verlegt auf das abgelegene Eifel-Kloster Himmerod, erarbeiteten dort 15 ehemalige Generale/Admirale sowie hohe, im General- und Admiralstabsdienst tätig gewesene Offiziere vom 5. bis 9. Oktober 1950 eine Denkschrift über den Aufbau deutscher Streitkräfte im Rahmen alliierter Strukturen zur Verteidigung Westeuropas. „Aus dem Himmeroder Expertenkreis gingen insgesamt sieben Generale für die Bundeswehr hervor. Sie stiegen zu den höchsten Dienststellungen auf [...] Generalinspekteur, Inspekteur einer Teilstreitkraft oder Oberbefehlshaber in NATO-Kommandobereichen. [...] Zwei Teilnehmer der Himmeroder Tagung wurden hochrangige Mitarbeiter des späteren Bundesnachrichtendienstes.“⁷⁶⁾ Arnulf Baring definierte die Himmeroder Denkschrift zu Recht als „Magna Charta“ der westdeutschen Wiederbewaffnung.⁷⁷⁾ Sie unterteilt sich in fünf Hauptgliederungspunkte und enthielt eine Anlage von Graf Schwerin.

Im ersten Abschnitt „Die militärpolitischen Grundlagen und Voraussetzungen“ wurde die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik als „so ungünstig wie niemals zuvor in der Geschichte“ statuiert. Gegenüber den Westmächten wurde mutig gefordert: „Anstreben der vollen Souveränität der westdeutschen Bundesrepublik, nachdem ihre Regierung in New York als einzige Regierung Gesamtdeutschlands (in den Grenzen von 1937) anerkannt worden ist.“ Das bedeutete: Aufhebung des Besatzungsstatuts. Nur unter alliierter Truppenschutz als Leuchtturm militärpolitischer Hoffnung bewertete man die Aufstellung deutscher Kontingente als möglich. Die geplante strikte Trennung zwischen Polizei und künftigem Militär verdeutlichte Lernerfahrungen aus dem Dritten Reich. Gefordert wurde: „die militärische Gleichberechtigung der westdeutschen Bundesrepublik im Rahmen der europäisch-atlantischen Gemeinschaft“, des Weiteren die Revision, „Deutschland [...] als Vorfeld einer am Rhein etwa beabsichtigten Hauptverteidigung“ zu akzeptieren. Wie bereits in früheren Denkschriften wurde auch hier eine „Hiwi-Lösung“ kategorisch abgelehnt.

Im Zentrum des zweiten Kapitels „Grundlegende Betrachtungen zur operativen Lage der Bundesrepublik“ stand eine detaillierte, nach Divisionszahl, Bewaffnung und vermuteter operativer Zielsetzung aufgelistete sowjetische Bedrohungsanalyse. Die militärische Überlegenheit

wurde so drastisch eingeschätzt, dass die versammelten Experten entsprechend den militärisch-ideologischen Bildern in ihren Köpfen auf sowjetische Angriffsabsichten geradezu fixiert waren. Es galt die Devise: Die UdSSR rüstet so gewaltig auf, um risikolos intervenieren zu können. Damit wurden aber - unzulässig - eingeschätzte militärische Fähigkeiten in politische Absichten extrapoliert. Dass die Sowjetunion vielleicht nur versuchte, durch die konventionelle „Geiseln Westeuropas“ die nukleare Überlegenheit der USA auszugleichen, kam ihnen nicht in den Sinn. (In ähnlicher Weise versucht heute vermutlich Präsident Putin, mit militärischer Stärke den Westen zu zwingen, Russland als gleichberechtigten Partner anzuerkennen.) Mit einer „europäischen Verteidigungsbereitschaft [von] etwa 25 Divisionen, darunter 12 deutsche“, hätte man eine „gepanzerter Faust, die den Sowjets entgegengehalten wird und unter deren Schutz die rückwärtigen westeuropäischen und amerikanischen Streitkräfte heraneilen, um den Gegenschlag zu führen.“

Der dritte Gliederungspunkt, „Organisation des deutschen Kontingents“, thematisierte das Verhältnis künftiger Streitkräfte zur Regierung mit klarem Primat der Politik. Der Bundespräsident sollte in seiner exekutiven Funktion erheblich aufgewertet und im Gegensatz zum gerade verabschiedeten Grundgesetz als „Oberbefehlshaber“ über dem „Inspekteur des deutschen Kontingents oder Chef des Verteidigungsamtes“ und weisungsbefugt über dem „Berater für Sicherheitsfragen oder Staatssekretär für Sicherheit“ fungieren. Die Gesamtstärke des Heeres sollte als eine Art dünne militärische karamellierte Kruste etwa 250.000 Mann umfassen. „Diese Stärke dürfte auch zunächst die oberste Grenze der zumutbaren Leistungsmöglichkeit der Bundesrepublik darstellen.“ Speidel, Heusinger und Foertsch hatten in ihrer Denkschrift an Adenauer vom 7. August 1950 eine Zweijahresfrist bis zu einem vermuteten sowjetischen Angriff prognostiziert. Die geplante Aufstellungszeit in der Himmeroder Denkschrift bis Herbst 1952 knüpfte an dieses Szenario an.

Im vierten Passus wurde die „Ausbildung“ als besonderer Faktor hervorgehoben, damit durch die militärische Instruktion „von gut geschulten, selbständig denkenden und handelnden Soldaten jene Überlegenheit erreicht werden kann, und muß, die in der Zahl nicht erreicht werden kann“.

Der fünfte Teil behandelte das „Innere Gefüge“. Die in Himmerod Versammelten standen vor der Aufgabe, rigoros althergebrachtes Traditionsverständnis kritisch zu reflektieren und einen geistig-moralischen Neuanfang zu dokumentieren. Das deutsche Kontingent sollte nicht „Staat im Staate“ werden, sondern eine „überparteiliche Haltung“ einnehmen. Garantie für diese Forderung versprach man sich durch die Einschränkung des Wahlrechts der Soldaten: Das aktive Wahlrecht sollte nur für die Bundestagswahlen zugebilligt werden, das passive überhaupt nur in Ausnahmefällen „unter Beurlaubung des Kandidaten“ bzw. sogar „Ausscheidung“ aus der Armee. Vom späteren Konzept des Staatsbürgers in Uniform in der Bundeswehr war zu dem Zeitpunkt noch keine Rede, wurde doch knapp und bestimmt formuliert: „Die Zugehörigkeit zu Parteien und Gewerkschaften ruht während

der aktiven Dienstzeit (kein öffentliches Auftreten, keine Ämter).“ Die NS-Periode war noch zu frisch als Negativ-Präzedenz in der Erinnerung.

Die Schlussbemerkungen betonten noch einmal die unmittelbar umzusetzenden Maßnahmen, wie Aufhebung des Demilitarisierungsverbots, Erweiterung des militärischen Arbeitsstabes, Legalisierung der Wiederbewaffnung und Klärung der Problematik Kriegsverbrecher.

Am Tag nach Adenauers Erhalt der Denkschrift (9. Oktober) trat Bundesinnenminister Gustav Heine mann zurück. Seiner Meinung nach würde die politische Westbindung zusammen mit der jetzt eingeleiteten militärischen Flankierung zur fortgesetzten Spaltung Deutschlands führen. Seine Demission löste eine politische Erschütterung aus und heizte, in Verbindung mit bevorstehenden Landtagswahlen, das schon gereizte innenpolitische Klima weiter an. In diesem Kontext wurde ein Hintergrundgespräch von Graf Schwerin mit Journalisten publik; einige Passagen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und den Sachverhalt entstellend veröffentlicht.⁷⁸⁾ Dies leitete das Finale der seit längerer Zeit gegen ihn laufenden Kampagne von SPD, BND, Verfassungsschutz, militärpolitischen Foren u.a. ein.

Am 30. Oktober wurde seine Demission mit der amtlichen Erklärung bekannt gegeben: „Der Berater des Bundeskanzlers in technischen Fragen der Sicherheit hat in einigen Punkten eine Tätigkeit entfaltet, die über den erteilten Auftrag hinausgeht. Wenn Graf von Schwerin dies auch auf Mißverständnisse zurückführt, hat er doch den Herrn Bundeskanzler um Entbindung von seinen Aufgaben gebeten. Der Herr Bundeskanzler hat diesem Wunsche entsprochen.“⁷⁹⁾ Schwerins mehr oder weniger erzwungener Rücktritt kam für Insider keineswegs überraschend. Zu der schrittweisen, im Hintergrund seit Längerem ablaufenden Demontage seiner Funktion war es gekommen, weil sich verschiedene Faktoren kreuzten. Da gab es den bekannten Streit um seine Berufung zum Sicherheitsbeauftragten mit Minister Wildermuth, die von der Organisation Gehlen initiierten Gegensteuerungen zum FWH-Dienst, vehemente Attacken seitens der Oppositionspresse, zunehmend aber auch von bürgerlichen Zeitungen, die heftigen Animositäten zwischen Schwerin und der Gruppe um Speidel, Heusinger und Foertsch sowie nicht zuletzt die konzeptionelle Neuorientierung Adenauers für einen militärischen Wehrbeitrag seit der New Yorker Außenminister-Konferenz. Schwerin hatte zwar jede Überlegung des Kanzleramtes in Form von Memoranden überprüfen lassen und mitgetragen, ihm haftete jedoch nachhaltig das Etikett an, Vertreter der „Polizeilösung“ als Sicherheitskonzept zu sein.

Das Amt Blank

Am 26. Oktober 1950, also bereits einige Tage vor dem Bekanntwerden von Schwerins Amtsniederlegung, bat Bundeskanzler Adenauer den CDU-Bundestagsabgeordneten Theodor Blank, die Position eines „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ zu übernehmen. Die Aufgabenzuweisung verkörperte keine

Kontinuität der seit dem 1. August unter dem Tarnlabel „Zentrale für Heimatdienst“ firmierenden Dienststelle von Schwerin unter nunmehr anderer Leitung - diese wurde Ende Oktober aufgelöst. Allein der Sekretär des Himmeroder Expertenausschusses, Oberst a.D. Johann Adolf Graf Kielmansegg, sowie die Leiter der Referate Nachrichtendienst, Major a.D. Achim Oster, sowie Planung und innere Struktur, Major a.D. Axel von dem Bussche, wurden in die neue Dienststelle Blank übernommen.

Kanzler Adenauer bewies mit der Nominierung von Theodor Blank, gegen die Ansichten des Bundeswohnungsbau-Ministers Eberhard Wildermuth, außenpolitische Weitsicht und innenpolitisches Geschick. Wie Christian Greiner schreibt: „Fast allen Forderungen entsprach Blank in idealer Weise. Er war im Krieg Offizier, aber nicht Berufssoldat gewesen und hatte praktische Erfahrungen im militärischen Bereich gesammelt. Er war erfolgreicher Abgeordneter mit eigenem Wahlkreis und wurde zumindest in der Öffentlichkeit als Angehöriger Adenauers angesehen. Er war schließlich als einer der drei Vorsitzenden der IG-Bergbau höchstes Gewerkschaftsmitglied der CDU und deshalb wohl geeignet, auf die Meinungsbildung der Gewerkschaften [d.h., um die deutschen Gewerkschaften mit Wehraufbau und Wiederaufrüstung zu versöhnen zu versuchen] einzuwirken. [...] So wurde Blank [...] Verteidigungsminister in spe.“⁸⁰⁾

Der neuen Dienststelle oblag die Aufgabe, die Himmeroder Planungsvorschläge eines aufzubauenden deutschen Kontingents von zwölf Panzer-Divisionen mit einem Gesamtumfang des künftigen deutschen Heeres von 250.000 Soldaten personell, materiell und organisatorisch in die Wege zu leiten. Integriert werden sollten die deutschen Streitkräfte in die gleichfalls noch zu gründende Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit supra-nationaler Kommandostruktur. Zum Militärexperten für die Pariser Verhandlungen avancierte Oberstleutnant a.D. Ulrich de Maizière, der 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr werden sollte.

Verfügte das Amt Blank im Dezember 1950 erst über einen Personalbestand von etwa 20 Mitarbeitern, so expandierte es im Zuge zunehmender Planungsfortschritte auf 140 Angehörige Ende 1951 und auf etwa 700 im Jahr 1953. Nach dem Scheitern des EVG-Vertrages durch die Abstimmungsniederlage in der französischen Nationalversammlung nahm das Amt Blank die Einbindung des deutschen Verteidigungsbeitrages in das Konzept von WEU und NATO in den Fokus.⁸¹⁾

Das neue deutsche Wehrwesen war für die junge Bundesrepublik zugleich eine große Chance, das alte Problem von „Staatskunst und Kriegshandwerk“ neu zu gewichten.⁸²⁾ Bei der Himmeroder Tagung fiel denn auch der Abschnitt „Inneres Gefüge“ umfangreicher aus als die „militärpolitischen Grundlagen“. Belastet von der Hypothek, Kriege im Auftrag einer verbrecherischen Politik geführt zu haben, wollten viele ehemalige Offiziere mit eindeutigen Reformbestrebungen im Militärwesen Zeichen setzen. Einige bekannte ehemalige Oberbefehlshaber und Generalstabschefs wie Hasso von Manteuffel, Siegfried Westphal, Günther Blumentritt,

Georg von Sodenstern und Kurt von Tippelskirch gaben beachtliche militärstrategische und organisatorische Anregungen. Die Traditionalisten waren hier eindeutig in der Minderheit. Ihre Beiträge sind in einer Schrift des damaligen militärpolitischen Kommentators der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Adelbert Weinstein, zusammengefasst wiedergegeben.⁸³⁾ Insgesamt haben die „höchsten Repräsentanten der Wehrmacht [...] in den darauffolgenden Jahren im Allgemeinen eine auffällige Zurückhaltung geübt. Einfluss auf die Planungen oder den Gang der Geschehnisse nahmen sie nur dann, wenn sie seitens der Dienststelle Blank ausdrücklich darum gebeten wurden.“⁸⁴⁾

Am 8. Mai 1951 wurde Major a.D. Wolf Graf von Baudissin in das Amt Blank berufen und übernahm das Referat Wehrwesen. Unterstützt von Graf Kielmansegg sowie den Oberstleutnanten a.D. Ernst Ferber, Joachim Freyer und Heinrich Hükelheim (die später alle den Rang des Generals erreichen sollten) entstand das Konzept des „Inneren Gefüges“. Im März 1953 wurde daraus der Begriff der „Inneren Führung“ geprägt. Graf Baudissin konnte als vormaliges Mitglied des Allgemeinen Ausschusses in Himmerod an die Überlegungen der dortigen Konferenz anknüpfen.

Von denjenigen Militärs, die angesichts des dunkelsten Kapitels deutscher Militärgeschichte zum Neu- und Umdenken bereit waren und der Verteidigungswürdigkeit der jungen Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet fühlten, kristallisierten sich jene fünfzehn in Himmerod versammelten hohen Offiziere als militärische Architekten oder Väter der späteren Bundeswehr heraus. Aus diesem Kreis, insbesondere von Speidel, Heusinger, Graf Kielmansegg und Graf Baudissin, gingen maßgebliche kluge Impulse für den Aufbau der künftigen neuen deutschen Streitkräfte aus.

Die operative Grundvorstellung für eine glaubwürdige Verteidigung der Bundesrepublik mit einem Militärkonzept von zwölf Divisionen, wie in der Himmeroder Denkschrift niedergelegt, blieb für das Amt Blank richtungweisend. Die künftige Verteidigungsstruktur sollte nach General a.D. Adolf Heusinger angesichts einer potenziell 800 Kilometer langen Front aus einer beweglichen Kampfführung bestehen. „Deshalb besteht nur ein Mittel gegen einen russischen Angriff: die bewegliche Verteidigung. Der Verteidiger muß seinerseits den Angreifer angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet [...] Es gilt so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Aus diesem Grunde sollten in Westdeutschland Kräfte bereit gestellt werden, die den Gegenangriff führen können.“⁸⁵⁾ Er sprach sich damit bereits damals für einen Verteidigungsentwurf aus, der bis zur Einheit Deutschlands 1990 Gültigkeit besaß und mit den Begriffen Feuerkraft und Flexibilität umschrieben wurde.

Die Planungsarbeiten für die deutschen Streitkräfte teilte Theodor Blank am 7. Januar 1955 Bundeskanzler Konrad Adenauer mit. Genau auf den Tag fünf Monate später, am 7. Juni, wurde sein Amt in das Bundesministerium für Verteidigung mit ihm als erstem Minister umgewandelt. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Helmut Schmidt: Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S.510.
- 2) Hans Speidel: Aus unserer Zeit, Erinnerungen. Berlin u.a. 1977, S.253.
- 3) Konrad Adenauer: Erinnerungen Bd. 2, Stuttgart 1966, S.522.
- 4) Franz Josef Strauß: Erinnerungen, München 1989, S.332.
- 5) Memorandum Manteuffel (im Archiv des Autors), S.1f.
- 6) Ebenda, S.2.
- 7) Ebenda, S.1.
- 8) Ebenda, S.2.
- 9) Ebenda, S.3.
- 10) Ebenda, S.6.
- 11) Ebenda, S.7.
- 12) Deutscher Bundestag, Sten. Berichte, I. Wahlperiode 1949, 24. Sitzung am 16.12.1949, S.735A.
- 13) Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. Msg 1/569 (Kopie im Archiv des Autors).
- 14) Vgl. Amtsblatt Alliierte Hohe Kommission vom 19.12.1949, S.72ff.
- 15) Arbeitsbericht des DBfF vom 15.10.1947, Institut für Zeitgeschichte, Nachlaß Dr. Dirk Forster, Bestand Nr. ED 134/1.
- 16) Vgl. Stellungnahme des DBfF vom 15.7.1949, ebenda, Bestand Nr. ED 134/19.
- 17) Vgl. Norbert Wiggershaus: Bedrohungsvorstellungen Bundeskanzler Adenauers nach Ausbruch des Korea Krieges. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Freiburg Nr. 1/1979, S.79-122; Konrad Adenauer: Erinnerungen 1950-1953, Lizenzausg. Augsburg 1996, S.65.
- 18) Vgl. Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik (Karte) München 1982, S.320.
- 19) Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland, Nr. 18, S.250-83.
- 20) Konrad Adenauer: Erinnerungen Bd. 1, 1945-53, Stuttgart 1965, S.336-39.
- 21) Vgl. Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bd. 1, München 1971, S.55.
- 22) Hans Speidel: Aus unserer Zeit, S.268.
- 23) Ebenda.
- 24) Roland G. Foerster: Innenpolitische Aspekte, der Sicherheit Westdeutschlands. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, S.464.
- 25) Vgl. Gerd Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-55, München 1967, S.300. Vgl. dazu auch den Abschnitt: Die Sicherheitsfrage in der Diskussion von Laupheimer Kreis und Brennecke-Kreis.
- 26) Arnulf Barig: Außenpolitik, S.57.
- 27) Konrad Adenauer: Erinnerungen Bd.1. S.354.
- 28) Ebenda.
- 29) Konrad Repgen: Konrad Adenauer und die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Europa. In: Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen, Mainz 1984, S.302f.
- 30) Das Memorandum war als streng geheim klassifiziert, Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3106 (Kopie im Archiv des Autors).
- 31) Ebenda, S.1.
- 32) Ebenda.
- 33) Vgl. Lawrence S. Kaplan: The United States and the Origins of Nato 1946-48. In: Review of Politics Nr. 31/1969, S.219.
- 34) Vgl. Walter Mills/E.S. Duffield, Hrsg.: The Forrestal Diaries, New York 1951, S.525.
- 35) Vgl. The History of the Joint Chiefs of Staff. The Joint Chiefs of Staff and National Policy, Bd. 2, Wilmington 1979/80, S.284ff; das damalige Top Secret Dokument „OFFTACKLE“ ist nachlesbar in: https://is.muni.cz/el/1423/podzim2005/MVE449/um/JSJPC_877_59.pdf (23.7.2016), vgl. dazu auch die Studie von Steven T. Ross, American War Plans 1945-1950, Frank Cass London, 1996.
- 36) Ebenda, S.355.
- 37) Ebenda, S.303.
- 38) Ebenda, S.299.
- 39) Memorandum Schwerin, S.1.
- 40) Ebenda, S.3.
- 41) Ebenda, S.2 Hier unterlag Schwerin einer groben zeitlichen Fehleinschätzung hinsichtlich der Machbarkeit. Die Bundeswehr sollte zehn Jahre benötigen, um 1965 ihre 12. Division aufzustellen.
- 42) Ebenda, S.4f.
- 43) Zum politischen Führungsstil von Adenauer, vgl. Arnulf Baring, Außenpolitik, S.38-52.
- 44) Das Memorandum war als streng geheim klassifiziert. Bundesarchiv-

- Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3105 (Kopie im Archiv des Autors).
 45) Ebenda, S.1.
 46) Ebenda, S.2.
 47) Arnulf Baring: Außenpolitik, S.77.
 48) Klaus-Dietmar Henke: Der Auslandsnachrichtendienst in der Innenpolitik: Umriss. In: Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945-1968: Umriss und Einblicke http://www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/05/UHK-BND_Bd2_online-12.pdf (8.3.2016).
 49) Vgl. Gert Buchheit: Der deutsche Geheimdienst. Geschichte der militärischen Abwehr, München 1966, S.147f. Heinz war Regimentskommandeur in der Abwehr-Division Brandenburg; zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit von Heinz vgl. auch: Susanne Meinel/Dieter Krüger: Friedrich Wilhelm Heinz, Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Heft 1/1994, S.39-69 und Susanne Meinel: Im Mahlstrom des Kalten Krieges. Friedrich Wilhelm Heinz und die Anfänge der westdeutschen Nachrichtendienste 1945-1955. In: Wolfgang Krieger, Jürgen Weber, Hrsg.: Spionage für den Frieden. München, Landsberg a. L. 1997, S.247-266.
 50) Arnulf Baring: Außenpolitik, S.78.
 51) Herrmann Zolling/Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S.239.
 52) Vgl. <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/25657966> (25.7.2016) sowie Susanne Meinel/Dieter Krüger: Friedrich Wilhelm Heinz, Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, a.a.O. S.60-62.
 53) Vgl. Norbert Tönnies: Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949-57, Köln 1957, S.65.
 54) Das Memorandum wurde als geheime Bundessache klassifiziert, Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. Bw9/3105 (Kopie im Archiv des Autors).
 55) Ebenda.
 56) Ebenda, S.3.
 57) Das Memorandum vom 15.7.1950 war als geheime Bundessache klassifiziert, Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3110 (Kopie im Archiv des Autors).
 58) Als geheime Bundessache vom 1.9.1950 klassifiziert. Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. Bw 9/3110 (Kopie im Archiv des Autors).
 59) „Betrifft: Dienstgruppen bei den alliierten Behörden“ als geheime Bundessache klassifiziert, Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3113 (Als Kopie im Archiv des Autors).
 60) Vgl. den Abschnitt „Die Sicherheitsfrage in der Diskussion von Laupheimer Kreis und Brennecke-Kreis“.
 61) Hierbei handelte es sich um die Denkschrift „Gedanken über die Frage der äußeren Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik“. Minister Wildermuth trug sie am 14.8.1950 Adenauer vor. Der war von ihr so beeindruckt, dass er das Memorandum am 15.8. zum Kabinettsgespräch aufwertete. (Kopie im Archiv des Autors).
 62) Vgl. Hans Buchheim: Adenauers Sicherheitspolitik 1950-55. In: Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Bd. 1, Hrsg., Boppard a. Rhein 1975, S.125f.
 63) „Gedanken über die Frage der äußeren Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik“. In: Hans Speidel: Aus unserer Zeit, S.477-496.
 64) Ebenda, S.477f.
 65) Ebenda, S.479.
 66) Ebenda, S.480.
 67) Ebenda, S.482-188.
 68) Ebenda, S.488-494.
 69) Vgl. Hans Speidel: Aus unserer Zeit, S.268-272.
 70) Roland G. Foerster: Innenpolitische Aspekte, S.505.
 71) Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen, Bd. 1, S.367.
 72) Vgl. Europa Archiv Nr. 5/1950, S.3406: „Sie werden jeglichen Angriff gegen die Bundesrepublik oder Berlin von jeder Seite als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff behandeln.“
 73) Rainer A. Blasius/Matthias Jaroach: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1951, München 1999, S.65.
 74) Graf von Schwerin: Erster Entwurf. Memorandum über die Inangriffnahme von Sicherheitsmassnahmen für den Fall eines „Nationalen Notstandes“ im Bundesgebiet. Erstellt wurde es Anfang Juli. Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3105; vgl. dazu auch Schwerin: Gedankenbeitrag für den Aufbau einer mobilen Bundesgendarmerie, (29.5.1950), Bundesarchiv-Militärarchiv, Bestand Nr. BW 9/3106 (Kopien der Memoranden im Archiv des Autors).
 75) Hans-Jürgen Rautenberg/Norbert Wiggershaus: Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950, Karlsruhe 1977, S.17.
 76) Bundesarchiv-Militärarchiv, als geheime Bundessache klassifiziert. Bestand Nr. BW 9/3119, S.18.
 77) Arnulf Baring: Außenpolitik, S.59.
 78) Vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 24.10.1950, Bericht über ein beabsichtigtes Wehrgesetz für eine allgemeine Wehrpflicht.
 79) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.10.1950.
 80) Christian Greiner: Die Dienststelle Blank, Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr.1/1975, S.104.
 81) Die Gaullisten akzeptierten nicht den Kontrollverlust über die eigenen Streitkräfte. Vgl. Werner Weidenfeld: Europa - aber wo liegt es?, in ders., Handbuch-Europa, Bonn 2002, S.23: „Zu groß wäre offenbar der nationale Souveränitätsverzicht gewesen, als dass er sich zu diesem Zeitpunkt mit der Unterschiedlichkeit des europäischen Selbstverständnisses hätte vereinbaren lassen.“ Aber auch die UdSSR initiierte just in dieser Zeit Verhandlungskooperation über die Zukunft Deutschlands und Europas. Vgl. Wilfried Loth: Europa nach 1945. Die Formation der Blöcke. In: Wolfgang Benz/Hermann Graml, Hrsg.: Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1982, Das Zwanzigste Jahrhundert II, Frankfurt a.M. 1983, S.50: „Indessen versuchte nun die Sowjetführung, der Entwicklung zu einem rüstungsintensiven, das wahre Potential voll erschließenden Militärblock an der Westgrenze ihres Imperiums die Spitze abzubrechen, indem sie den Westdeutschen die Wiedervereinigung ihres Landes zu erheblich günstigeren Bedingungen als bisher in Aussicht stellte und sich auch im übrigen wieder betont kooperativ und entspannt bereit gab.“
 82) Zu diesem Spannungsverhältnis vgl. Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland, 4 Bd., München 1965.
 83) Adelbert Weinstein: Armee ohne Pathos. Die deutsche Wiederbewaffnung im Urteil ehemaliger Soldaten, Bonn 1951.
 84) Hans-Jürgen Rautenberg: Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, S.787.
 85) Artikel des Generals a.D. Adolf Heusinger über die Verteidigung Westeuropas vom 21.10.1953. In: Klaus von Schubert: Sicherheitspolitik Bd.II, Bonn 1977/78, S.100.



Prof. Dr. Wulf-W. Lapins

Geb. 1953; 1983-86 Lehrstuhlvertretung für Politikwissenschaft und Konfliktlehre an der Hochschule der Bundeswehr in München; 1986-1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Studien-Forschungsgruppe Sicherheit und Abrüstung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Seit 1993 für die Friedrich-Ebert-Stiftung Projektkoordinator in den drei Baltischen Ländern, für Belarus, die Ukraine, in den drei südkaukasischen Staaten, in vier zentralasiatischen Republiken und ab 2012 Projektkoordinator in Kosovo.